

Deklaration der Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) betreffend das Asyl- und das Ausländergesetz

«Die Abgeordnetenversammlung des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK) befürchtet bei Annahme des Asylgesetzes eine weitere Verschärfung der Asylpraxis des Bundes, und einen Abbau der Rechte der schutzbedürftigen Asylsuchenden. Damit würde der Zugang zur Schweiz als Asylland für Hilfesuchende weiter begrenzt.

Das Ausländergesetz regelt viele Bereiche neu und klarer. Es weist aber auch zahlreiche Mängel auf. Es behandelt nicht alle Ausländer gleich. Es bringt keine Verbesserung für die Integration der Ausländer. Es verschärft die Zwangsmassnahmen. Es schützt die Gewaltopfer zu wenig. Es regelt den Familiennachzug zu streng. Es bringt auch keine Lösung für die Sans-Papiers in der Schweiz.

Das Evangelium Jesu Christi ruft Christinnen und Christen zur Verwirklichung von mehr Mitmenschlichkeit (Nächstenliebe). Die beiden Vorlagen tragen dazu nur wenig bei. Die Abgeordnetenversammlung des SEK bittet die Schweizer Bevölkerung, die Argumente bei der Abstimmung am 24. September 2006 zu berücksichtigen.»